

Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP

Falter, Jürgen W.; Bömermann, Hartmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Falter, J. W., & Bömermann, H. (1989). Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP. In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu : Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 92-118). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-337897>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Entwicklung der Weimarer Parteien in ihren Hochburgen und die Wahlerfolge der NSDAP

Jürgen W. Falter und Hartmut Bömermann

1. Vorbemerkung

Es ist eine seit der Reichsgründung zu beobachtende Tatsache, daß einige Parteien in bestimmten Gebieten weit überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen und in anderen Gebieten erheblich unter ihrem Reichs- bzw. Bundesdurchschnitt bleiben. So erreichte das Zentrum in den Reichstagswahlen 1920 bis 1928 in einigen Kreisen der Eifel (Prüm, Daun, Monschau) und Südoldenburgs (Vechta, Cloppenburg) Stimmenanteile von 90 Prozent und mehr. Auf vergleichbare Wahlerfolge kamen am Anfang der Weimarer Republik nur noch die Deutschnationalen in einigen Kreisen Mittelfrankens (Rothenburg, Ansbach-Land, Gunzenhausen) und Pommerns (Stolp, Schlawe, Saatzig) sowie am Ende der Weimarer Republik die NSDAP (Rothenburg o.d.T., Schotten, Neustadt/Aisch). Dagegen gibt es immer auch schon Parteien, die keine so ausgeprägten Hochburgen- und Diasporagebiete haben und deshalb in Mehrheitswahlsystemen wie etwa im Kaiserreich oder in Großbritannien strukturell benachteiligt sein können. Hierzu zählten beispielsweise in der Weimarer Republik die SPD oder die beiden liberalen Parteien DDP und DVP, die zwar Diasporagebiete, aber keine so extremen Hochburgen aufweisen konnten wie die eingangs genannten Parteien.

Ferner ist festzustellen, daß die Hochburgen und Diasporagebiete im allgemeinen über einen längeren Zeitraum hinweg die gleichen bleiben. So zählen die beiden im oldenburgischen Münsterland gelegenen Kreise Vechta und Cloppenburg nicht nur in der Weimarer Republik, sondern auch noch in der Bundesrepublik zu den extremen Hochburgen des in der Weimarer Zeit vom Zentrum, in der Bundesrepublik von Teilen der CDU/CSU repräsentierten politischen Katholizismus, war die rechtsradikale NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nicht zuletzt in denjenigen mittelfränkischen Landkreisen erfolgreich, in denen 35 bis 40 Jahre zuvor zuerst die DNVP und dann die NSDAP mit bis zu 83 Prozent der gültigen Stimmen so überwältigende Wahlerfolge erzielen konnten.

Das letztere Beispiel belegt aber auch, daß zu bestimmten Zeiten ein extremer Hochburgentausch zwischen zwei Parteien wie etwa der DNVP und der NSDAP (Wittmund in Ostfriesland) oder der USPD und der KPD (Saalkreis, Sachsen und Wedding, Berlin) zu beobachten ist.

2. Zum Begriff der Hochburg

Die Hochburgen- und Diasporagebiete zeichnen sich im allgemeinen durch die starke Verdichtung bzw. fast vollständige Abwesenheit bestimmter sozialer Faktoren aus, durch die die einzelnen Parteien begünstigt oder benachteiligt werden.

Im Falle des Zentrums ist dies bekanntlich vor allem der Konfessions- in Verbindung mit dem Landwirtschaftsfaktor, im Falle der DNVP eine analoge, konfessionell aber natürlich umgekehrt verlaufende Faktorenüberlagerung von Landwirtschaft und Protestantismus. Im Falle der beiden linken Parteien sind es die Merkmale Urbanisierung und Industrialisierung, gemessen durch den Anteil der Arbeiter im sekundären Wirtschaftssektor. Bei sozial unausgeprägten Parteien finden wir denn auch keine so extremen Hochburgen.

Die Überlagerung sozialer Einflußfaktoren allein liefert jedoch keinen hinreichenden Grund für die Herausbildung zumindest der extremen Hochburgen, da in ansonsten gleichen oder doch sehr ähnlichen Gebieten erhebliche Schwankungsbreiten in den Parteistärken auffallen. Vielmehr scheinen zur Herausbildung, zum Erhalt (oder auch zum totalen Repräsentanzwechsel) von Hochburgen auch gewissermaßen einmalige, nur für den jeweiligen Ort oder das betreffende Gebiet zutreffende, von der offiziellen Statistik nicht erfaßte Einflußfaktoren notwendig zu sein, wie sie etwa durch das Wirken einflußreicher lokaler Persönlichkeiten, durch bestimmte, oft schon jahrhundertealte historische Traditionen (e.g. die laizistisch-antiklerikale Komponente im ansonsten rein katholisch-agrarischen Allgäu ¹), durch politische und vopolitische Organisationen, die organisatorische Ineffizienz des potentiellen politischen Konkurrenten, durch bestimmte Vergemeinschaftungsformen etc. repräsentiert werden können. Solche Faktoren lassen sich durch Lokal- und Regionalstudien herausarbeiten. Die hier betriebene quantitative, flächendeckende Form der historischen Wahlforschung kann dazu nur den Rahmen setzen, innerhalb dessen dann erst das Besondere vom Allgemeinen unterschieden und die tatsächlich objektspezifischen Eigenschaften des Untersuchungsgegenstandes herausgearbeitet werden können ²).

Die teilweise außergewöhnliche Konstanz der Hochburgen und Diasporagebiete im Falle vor allem des Zentrums einerseits, der extreme Hochburgentausch zwischen DNVP, Liberalen und NSDAP bzw. USPD und KPD andererseits deuten daraufhin, daß in beiden Fällen zwar ganz ähnliche soziale Determinanten wirksam sind - daß aber in politischen Krisenzeiten die milieukonstituierenden Faktoren gewissermaßen die politische Repräsentanz wechseln können, so daß in bestimmten Gebieten sozusagen bruchlos eine politische Partei durch eine andere,

1) Vgl. D. Th r ä n h a r d t, Regionale historische Wahlanalysen: Erkenntnisinteressen und Validität. In: Otto Büsch (Hrsg.), Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte (Berlin, 1980), S. 485 - 507 (insbes. S. 503f.).

2) Vgl. zu dieser Begrifflichkeit Conrad M. A r e n s b e r g, Die Gemeinde als Objekt und als Paradigma, in: Rene K ö n i g (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 4, 3. Auflage (Stuttgart, 1974), S. 82 - 116. Ein relativ geglückter Versuch einer Verbindung beider Betrachtungsweisen bei Eike H e n n i g, "Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928 - 1933). Ein Hinweis zur Diskussion der politischen Kultur im 'roten Landkreis' ", in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 92 (1987), S. 205 - 245.

im allgemeinen radikalere ersetzt wird 3).

3. Zur Abgrenzung von Milieu, Hochburg, Cleavage und Lager

Im folgenden wollen wir eine Hochburgenanalyse der Weimarer Republik mit besonderer Blickrichtung auf die NSDAP vornehmen; es handelt sich hierbei unseres Wissens um die erste Analyse dieser Art. Insbesondere soll untersucht werden, wie die Hochburgen der wichtigsten politischen Gruppierungen am Anfang der Weimarer Republik aussahen, d.h. welche sozialen Charakteristika sie aufwiesen, wie stark die Parteien in ihren jeweiligen Hochburgen waren, wie sich die Parteien, insbesondere die NSDAP, in diesen Hochburgen bis zum Ende der Weimarer Republik entwickelten und ob die Hochburgen der einzelnen Parteien irgendwelchen außergewöhnlichen sozialen Veränderungen unterlagen.

Mit der Beantwortung dieser Fragen verbindet sich folgender Erkenntniswert: Es wird damit möglich herauszuarbeiten, welche politischen - im Gegensatz zu den schon häufiger, nicht zuletzt auch von uns untersuchten sozialen - Konstellationen sich für den Aufstieg der NSDAP als besonders günstig bzw. hinderlich erwiesen, wie die Stimmenentwicklungen innerhalb der Hochburgen im Vergleich zum Reich verliefen, ob sich in Bezug auf den NSDAP-Aufstieg ein beschleunigter oder verlangsamer Hochburgenabbau beobachten läßt und ob sich die These vom Austausch der Milieurepräsentanz oder die damit konkurrierende Annahme eines bloßen Verfalls bestimmter Milieus am Ende der Weimarer Republik auf der hier gewählten Datenebene - der der Stadt- und Landkreise - empirisch besser begründen läßt. Die Untersuchung der nächsttieferen territorialen Einheiten - also der Gemeindeebene - ist, obwohl theoretisch sinnvoller, wegen der fehlenden durchgängigen Gebietskonstanz mit den verfügbaren Datensätzen derzeit auf Reichsebene noch nicht durchführbar.

Hochburgen repräsentieren u. E. bestimmte Ausprägungsformen sogenannter soziopolitischer Milieus. Der von Lepsius in die Sozialgeschichte eingeführte Begriff des sozialmoralischen Milieus ist bisher für empirische Zwecke weder klar definiert noch einheitlich operationalisiert worden. Lepsius versteht darunter lokal oder regional begrenzte soziale Einheiten, "die durch die Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet werden 4)." Die Parteien stellen seiner Ansicht nach die

3) Als Vertreter der These vom Repräsentanztausch Karl-Heinz N a ß m a c h e r, Zerfall einer liberalen Subkultur - Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg. In: H. Kühr (Hrsg.), Vom Milieu zur Volkspartei. Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich (Königstein, 1979), S. 29 - 134. Als Vertreter der Annahme eines Milieuzusammenbruchs am Ende der Weimarer Republik vor allem M. Rainer L e p s i u s, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: W. A b e l u. a. (Hrsg.), Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge (Stuttgart, 1966), S. 371 - 393.

politischen Aktionsausschüsse dieser Milieus dar 5). Für das Kaiserreich und die Weimarer Republik unterscheidet Lepsius zwischen (a) dem sozialistischen Arbeiter- und Handwerkermilieu, das - zumindest im Kaiserreich - durch "negative Integration der Arbeiterschaft in eine Subkultur" gekennzeichnet und "auf spezifische Klasseninteressen eingeengt" gewesen sei; (b) dem katholischen Sozialmilieu, das als "politisch-soziale Einheit" ebenfalls negativ integriert gewesen sei; (c) dem konservativen Milieu mit seiner durch den Protestantismus verbundenen "doppelten Ausprägung... in eine feudal-agrarische und eine gouvernemental-bürgerliche Spielart"; und (d) dem bürgerlich-protestantischen Milieu, das im Verlaufe des Kaiserreiches immer mehr "zum Mittelstand mit einer spezifisch kleinbürgerlichen Sozialmoral" geschrumpft sei. Generell seien die vier politisch dominanten Sozialmilieus "durch symbolisch dramatisierte Moralgrenzen" scharf voneinander abgeschottet gewesen 6).

Wie verhält sich das Milieukonzept zu den ähnlich definierten Konzeptionen der gesellschaftlich-politischen Spannungslinie (Cleavage) und der politischen Subkultur bzw. des politischen Lagers? Und welchen Beitrag vermag die Hochburgenbetrachtungsweise zur Untersuchung von Milieukonstanz und Milieuwandel zu liefern? Gemeinsam ist diesen Konzepten die analytische Verbindung von Sozialstruktur und Parteiensystem. Sowohl die politischen Lager (oder Wählerkoalitionen) Burnhams als auch die politischen Spannungslinien Lipsets und Rokkans und die sozialmoralischen Milieus nach Lepsius basieren auf der Vorstellung einer "politisierten Sozialstruktur" (Pappi). Während jedoch weder das Lager- noch das Cleavagekonzept notwendig ein territoriales Definitionselement enthalten (sie können sowohl lokal als auch national organisiert sein und wirken), bezieht sich der Milieubegriff im allgemeinen auf eine nur im lokalen oder bestenfalls regionalen Kontext verfügbare "große Dichte informeller sozialer Beziehungen, die für die jeweilige soziale Gruppierung ein Gefühl der Zusammengehörigkeit fördert" 7). Die Milieunormen werden in erster Linie durch direkte soziale Interaktion weitergegeben, während die Verhaltensgleichförmigkeit der politischen Lager und der Cleavagegruppen auch durch die bloße Identifikation mit den politischen Zielen und Verhaltensnormen der jeweiligen Bezugsgruppe erfolgen kann, der man sich zwar zugehörig fühlt, mit deren Mitgliedern man aber mangels vorhandener "Gelegenheitsstruktur" keine alltäglichen, informellen Interaktionen pflegen kann. Auf diese Weise ist es sowohl nach der Lager- als auch nach der Cleavagetheorie möglich, daß Diasporakatholiken oder außer-

4) Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 383.

5) Vgl. M. R. Lepsius, Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung (Stuttgart, 1966), S. 27 ff.

6) Alle Zitate nach Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, S. 390 - 392.

7) Franz Urban Pappi, Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik. Individual- und Kontextanalysen der Wahlentscheidung, Köln o. J. (unveröffentl. Habilitationsschrift, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln, 1976), S. 617.

halb des typischen Proletariermilieus lebende Arbeiter mit einer ähnlichen Wahrscheinlichkeit für ihre jeweilige Partei stimmen wie die Bewohner der katholischen Hochburgen oder der Arbeiterviertel 8).

Das Milieukonzept dagegen kann hinsichtlich des Wahlverhaltens u. E. nur dann einen gegenüber diesen beiden Konzeptionen überschießenden theoretischen Anspruch erheben, falls die Angehörigen eines sozialmoralischen Milieus entweder eine höhere als die durchschnittliche, auf alle Merkmalsgleichen bezogene Wahrscheinlichkeit besitzen, für die jeweilige Milieupartei zu stimmen *oder* zumindest eine ausgeprägtere Persistenz im Wahlverhalten, d.h. eine geringere Neigung zum Parteiwechsel aufweisen. Statistisch formuliert läuft die erste der beiden Forderungen darauf hinaus, daß der postulierte Milieueffekt nicht nur additiv wirkt, d.h. das kumulative Ergebnis der jeweiligen Merkmalsüberlagerung darstellt, sondern ein zusätzliches kontextuelles, also multiplikatives Moment aufweist 9). Andernfalls würde in wahlhistorischer Perspektive die Konzeption des sozialmoralischen Milieus nur ein Etikett für die in der Realität zwar anzutreffende, das Wahlverhalten aber bestenfalls durchschnittlich prägende lokale Zusammenballung bestimmter Sozialmerkmale darstellen.

Wenn wir also Milieu in diesem Sinne als Verbindung von lokalen Verdichtungsformen bestimmter soziokultureller Merkmale und politischer Repräsentanz ansehen, so ist die Hochburg ein Indikator für das Vorhandensein und die Wirkung solcher sozialmoralischer Milieus. Durch die Untersuchung der Persistenz und des Verfalls von Hochburgen angesichts des aufkommenden Nationalsozialismus erhalten wir auf diese Weise Hinweise auf die Milieureaktionen. Leider ist der hier verwendete Datensatz besser dafür geeignet, bestimmte Indizien hierfür zu eruieren als die sozialmoralischen Milieus gewissermaßen in chemisch reiner Form zu analysieren, da die Ebene der Stadt- und Landkreise vermutlich in den meisten Fällen, außer bei sehr homogenen katholisch- und evangelisch-agrarischen Einheiten und bestimmten industriell geprägten Kreisen zu hoch gegriffen sein dürfte, um die entsprechenden vom Konzept implizierten Merkmalsverdichtungen, auf deren Grundlagen sich die sozialmoralischen Milieus konstituieren, wirklich in den Griff zu bekommen. Da aber empirische Hinweise im allgemeinen fruchtbarer zu sein pflegen als bloß spekulativ erworbenes "Wissen", erscheint uns der hier vorgelegte Versuch einer ersten Annäherung an das Thema dennoch als legitim. Daneben aber liefern die folgenden Untersuchungsergebnisse genügend Resultate von eigenständigem deskriptiven Wert.

4. Zur Operationalisierung und Datengrundlage

Das Konzept der Hochburg repräsentiert keinen ausformulierten theoretischen Begriff. Entsprechend ist es auch nicht eindeutig definiert. So wird "Hochburg"

8) Ein Zitat möge dies verdeutlichen: "Personen, die sich in derselben Klassenlage befinden, können aus Gründen der individuellen Interessenwahl dieselbe Partei wählen, ohne daß ein Gruppierungseinfluß vorliegt." S. P a p p i, Sozialstruktur, S. 500.

in der empirischen Wahlforschung entweder im Sinne von überdurchschnittlicher Repräsentation einer Partei in einer Gemeinde, einem Verwaltungskreis, einem Wahlkreis, einer Gegend oder als Überschreiten eines bestimmten Prozentwertes, z. B. 30 Prozent der gültigen Stimmen, verstanden. Eine Zeitperspektive ist damit nach unserer Beobachtung nicht impliziert. Um jedoch dem Milieubegriff etwas näher zu kommen, wollen wir als Hochburg einer Partei oder politischen Richtung im folgenden jeden Kreis verstehen, in dem die jeweilige politische Gruppierung ein im Mittel der beiden Reichstagswahlen von 1920 und 1924A (Ausnahme: NSDAP 1930) deutlich über dem Reichsdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielt, wobei wir letzteres wiederum dann als gegeben ansehen, wenn eine Kreiseinheit zu den obersten 15 Prozent der jeweiligen Resultatverteilung zählt 10).

Diese Operationalisierung hat den Vorteil der Einfachheit und Transparenz. Auch ist damit gewährleistet, daß wir bei allen Parteien bzw. politischen Richtungen von einer gleichgroßen Anzahl von Hochburgen (nämlich 124 von 831) ausgehen können. Jedoch impliziert unsere Operationalisierung andererseits, daß ein Kreis für mehrere Parteien zugleich Hochburg sein kann und daß der Begriff der Hochburg wie etwa im Falle des Zentrums eine enorme prozentuale Spannweite umfassen kann. Beides jedoch ist von der theoretischen Definition impliziert und daher nicht zu vermeiden. Im anderen Falle, wo eine bestimmte Prozentschwelle (etwa: mindestens 30 Prozent der Stimmer oder Wahlberechtigten für eine bestimmte Partei) als Konstituens von Hochburg gewählt wird, sind wir mit dem Problem konfrontiert, daß manche Parteien keine derartigen "Hochburgen" aufweisen, also nicht in die Analyse hineinkommen würden. Wir werden daher im folgenden vom ersten, also dem relativen Hochburgenbegriff ausgehen.

Empirisch nähern sich jedoch im vorliegenden Fall beide Konzeptionen einander an, da die von uns auf die geschilderte Weise berechneten Hochburgen - mit Ausnahme der KPD/USPD-Hochburgen - faktisch mindestens ein Fünftel der Wahlberechtigten eines Kreises umfassen. Bezogen auf die abgegebenen gültigen Stimmen sind es sogar mindestens ein Viertel, womit die Anforderungen auch des absoluten Hochburgenbegriffs annähernd erfüllt werden 11). Überdies dürfte damit auch gewährleistet sein, daß in den wenigen denkbaren Fällen, wo ein Kreis sozusagen Hochburgenheimat für mehrere politische Gruppierungen

9) Die operationalen Konsequenzen der zweiten Forderung dürften offenkundig sein.

10) Diese Operationalisierung stellt eine Annäherung an die Regel dar, als Hochburg jene Einheiten zu definieren, die mehr als eine Standardabweichung über dem Reichsmittelwert der jeweiligen Partei liegen.

11) So geht Steinbach in seiner jüngsten Analyse von einem Schnittpunkt von 30 Prozent aus, ab dem er gewillt ist, von einer Hochburg zu sprechen; vgl. Peter Steinbach Die Entwicklung der Sozialdemokratie im Kaiserreich im Licht der historischen Wahlforschung. Vortrag auf dem Kolloquium des Historischen Kollegs München "Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisationen zur Massenbewegung im deutschen Kaiserreich", München 23. - 26.3.1988 (als Manuskript vervielfältigt).

Tabelle 1:

Die Stärke der Parteihochburgen 1920/24A und die Entwicklung der jeweiligen Milieuparteien in diesen Ausgangshochburgen im Vergleich zum Reich insgesamt

RTW	KPD/USPD		SPD		LIB		Z/BVP		DNVP		NSDAP	
	>17.9		>24.5		>20.8		>41.5		>26.0		>22.0	
	HB	RE	HB	RE	HB	RE	HB	RE	HB	RE	HB	RE
1920	31	16	30	17	28	17	56	14	32	12	-	-
1924A	18	10	26	16	20	12	52	13	39	15	8	5
1924B	14	7	31	20	22	13	53	14	39	16	4	2
1928	15	8	34	22	17	10	43	11	29	11	4	2
1930	19	11	31	20	12	7	47	12	15	6	26	15
1932A	20	12	28	18	3	2	48	13	10	5	46	31
1932B	22	14	25	16	4	2	44	12	13	7	40	26
1933	19	11	25	16	3	2	43	12	12	7	52	39

HB = Hochburg (ab 85tes Perzentil; n = 124);

RE = Reichsdurchschnitt.

Die Ziffern unter den Parteienamen geben den Prozentwert (Anteil an den Wahlberechtigten eines Kreises) an, ab dem ein Kreis als Hochburg der jeweiligen Partei zählt.

NSDAP-Hochburgen = 1930.

darstellt, eine ausreichende Menge von Milieugehörigen der jeweiligen Richtung vorhanden ist.

Um über die bloße Momentaufnahme hinauszugelangen haben wir als Hochburg zunächst einmal jene Kreiseinheiten definiert, die im Mittel der beiden ersten Weimarer Reichstagswahlen zu den 15 Prozent mit den höchsten Wahlerfolgen der jeweils betrachteten Partei - bezogen auf die Wahlberechtigten eines Kreises - zählen. Eine Ausnahme stellt hier nur die NSDAP als neue, am Anfang der Weimarer Republik noch nicht bei Wahlen aktive Partei dar; hier wurde von uns die Reichstagswahl von 1930 als erste "erfolgreiche" Wahl zur Bestimmung der "Hochburgen" ausgewählt. Innerhalb dieser Anfangs- oder Ausgangshochburgen werden wir eingangs deren Sozialprofil bestimmen, um dann der Entwicklung der verschiedenen Hochburgenparteien und der NSDAP bis 1933 nachzugehen und schließlich die Entwicklung des Sozialprofils der verschiedenen Parteihochburgen nachzuzeichnen. Zum Zwecke der Verdeutlichung werden wir für einige Fragen die Entwicklung in den Parteihochburgen mit der in den analog definierten Diasporagebieten der jeweiligen Partei vergleichen.

5. Das Sozialprofil der Parteihochburgen von 1920/24A

(a) Zu den Ausgangshochburgen der beiden linksextremen Parteien KPD und USPD gehören gemäß der obigen Definition die 124 Kreiseinheiten, in denen diese beiden Parteien zusammen im Mittel der beiden ersten Reichstagswahlen der Weimarer Republik von mindestens 17,9 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden sind. Zu den Diasporagebieten zählen jene 124 Kreise, in denen maximal 2,9 Prozent der Wahlberechtigten für beide Parteien (zusammen) gestimmt haben. Die linksextremen Hochburgen sind im Vergleich zum Reichsdurchschnitt durch einen leicht unterdurchschnittlichen Katholikenanteil, überdurchschnittliche Verstädterung, einen deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Anteil der Agrarbevölkerung, eine starke Stellung des sekundären Wirtschaftssektors und einen beträchtlichen Anteil von arbeitslosen Arbeitern an den Berufspersonen¹²⁾ charakterisiert. Die linksextremen Diasporagebiete verhalten sich praktisch spiegelbildlich dazu: Am schwersten hatten es KPD und USPD in - naturgemäß überwiegend dörflich strukturierten - Agrargebieten mit einem hohen Anteil an Selbständigen und Mithelfenden, 1932/33 unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und einem überdurchschnittlichen Katholikenanteil (vgl. Tabelle 2).

(b) Die Hochburgen der SPD - sie wurde hier im Mittel der beiden ersten Reichstagswahlen von mindestens 24,5 Prozent der Wahlberechtigten gewählt - sehen recht ähnlich aus wie die von USPD und KPD; allerdings ist ihr Sozialprofil mit Ausnahme des Konfessionsfaktors deutlich weniger ausgeprägt als das der linksextremen Hochburgen. So sind sie weniger verstädert, weniger industrialisiert, 1932/33 mit etwas weniger Arbeitslosigkeit geschlagen, aber erheblich "protestantischer" als jene. Auch hier verhalten sich die Diasporagebiete (mit maximal 5,5 Prozent Wahlberechtigtenanteil der SPD) wieder mehr oder minder spiegelbildlich zu den Hochburgen. In Kreisen mit einer starken katholischen Mehrheit tat sich die SPD am Anfang der Weimarer Republik ausgesprochen schwer: In den 124 Kreisen mit den geringsten SPD-Wahlerfolgen betrug der Katholikenanteil 84 Prozent, in den SPD-Hochburgen dagegen lag er bei nur 11 Prozent.

(c) Auch die Hochburgen der Liberalen - wir haben hier zum Zwecke der Vereinfachung DDP und DVP miteinander kombiniert - liegen in stark verstäderten Kreisen: 81 Prozent der Wohnbevölkerung dieser Kreise lebte in Städten mit über 5000 Einwohnern. Entsprechend niedrig ist mit 13 Prozent der Anteil der im Agrarsektor tätigen Personen. Der Dienstleistungssektor und folglich auch der Anteil der Beamten und Angestellten ist in den liberalen Hochburgen erwartungsgemäß klar überdurchschnittlich repräsentiert. Arbeiter- und Arbeitslosenanteil dagegen sind eher durchschnittlich. Ungewöhnlich niedrig ist mit nur 8

12) Zur Nomenklatur und den verschiedenen Volks- und Berufszählungskategorien vgl. Jürgen W. Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik (München, 1986), S. 159f.

Tabelle 2:

Das Sozialprofil der Parteihochburgen von 1920/24 im Vergleich zu den Diasporagebieten der jeweiligen Partei

Merkmal	USPD/KPD		SPD		LIB		
	HB	DI	HB	DI	HB	DI	
Kathol	20	60	11	84	8	92	
Stadt	76	11	61	23	81	10	
Agrar	11	66	21	58	13	64	
Industr	58	19	47	25	45	24	
Dienstl	26	14	27	13	35	10	
SelMith	16	54	21	48	19	51	
Bea/Ang	14	6	13	7	17	5	
Arbeit	29	22	28	23	24	23	
Hausang	3	2	3	2	4	2	
AloAng	3	1	3	1	4	1	
AloArb	18	5	14	8	14	7	
	Z/BVP		DNVP		NSDAP		Reich
	HB	DI	HB	DI	HB	DI	
Kathol	90	3	7	91	11	81	32
Stadt	22	23	19	20	39	22	54
Agrar	54	46	61	57	46	56	31
Industr	29	37	21	26	31	29	41
Dienstl	13	13	13	14	18	12	23
SelMith	47	33	40	48	34	47	28
Bea/Ang	7	7	7	7	10	7	12
Arbeit	23	32	29	22	28	24	27
Hausang	2	2	2	2	3	2	3
AloAng	1	1	1	1	1	1	2
AloArb	8	10	7	8	9	7	13

Zu Tabelle 2:

HB = Hochburg; DI = Diaspora (bis 15tes Perzentil; n = 124)

Kathol = % Katholiken unter der Wohnbevölkerung; Stadt = Anteil von Personen in Gemeinden über 5000 Einwohnern; Agrar = Anteil der im Agrarsektor Tätigen an den Erwerbstätigen (lt. VZ 1925); Industr = Anteil der in Industrie und Handwerk Tätigen an den Erwerbstätigen; Dienstleistungen = Anteil der in allen übrigen Wirtschaftsbeteiligungen Tätigen an den Erwerbstätigen; Sel/Mith = Anteil der Selbständigen und Mithelfenden an den Berufspersonen (= Erwerbstätige, Erwerbslose und Berufslose); Bea/Ang = Anteil der Beamten und Angestellten an den Berufspersonen; Arbeit = Anteil der Arbeiter an den Berufspersonen; Hausang = Anteil der Hausangestellten an den Berufspersonen; AloAng = Anteil der arbeitslosen Angestellten an den Berufspersonen; AloArb = Anteil der arbeitslosen Arbeiter an den Berufspersonen.

Prozent (gegenüber einem Reichsdurchschnitt von 32 Prozent) der Anteil der Katholiken an der in den liberalen Hochburgen lebenden Bevölkerung. Dagegen liegen die liberalen Diasporagebiete, in denen DDP und DVP zusammen im Mittel der beiden Wahlen von 1920 und 1924A von nur maximal 3,7 Prozent der Wahlberechtigten gewählt worden sind, in nahezu lupenreinen katholischen Landgebieten mit entsprechend hohem Anteil des Agrarsektors.

(d) Die Hochburgen von Zentrum und BVP mit einem minimalen Anteil beider Parteien an den Wahlberechtigten von immerhin 41,5 Prozent zeichnen sich naturgemäß durch einen extrem hohen Katholikenanteil, aber auch durch eine recht niedrige Verstärkerungsrate, eine weit überdurchschnittliche Bedeutung des Agrarsektors (und im Gegenzug eine entsprechend geringere Bedeutung des sekundären und tertiären Wirtschaftssektors) sowie durch niedrige Arbeitslosenraten aus. Im Gegensatz zu den zuvor besprochenen Parteien jedoch verhalten sich die Diasporagebiete (in denen das Zentrum von nur maximal 0,4 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wird) keineswegs spiegelbildlich dazu, wenn man einmal vom Konfessionsfaktor absieht. Die Kreise, in denen Zentrum und Bayerische Volkspartei am schlechtesten abschnitten, sind ebenfalls überwiegend ländlich (aber natürlich fast rein evangelisch), mit einem ausgesprochen niedrigen Anteil des Dienstleistungssektors, über dem Durchschnitt liegender Bedeutung der Landwirtschaft und niedrigen Arbeitslosenraten, wenn auch mit einem über dem Reichsmittel liegenden Arbeiteranteil.

(e) Große Ähnlichkeiten bestehen im Sozialprofil von Zentrum/BVP und DNVP sowohl in ihren Hochburgen als auch in den Diasporagebieten, wenn man einmal vom Konfessionsfaktor absieht, der im Falle der DNVP genau reziprok wirkt wie im Falle der beiden katholischen Parteien: In den Hochburgen der Deutschnationalen wohnen kaum Katholiken. Die DNVP-Hochburgen sind am Anfang der Weimarer Republik - später sollte sich dies ändern, wie wir noch

sehen werden - ähnlich dörflich und sogar noch stärker agrarisch strukturiert. Industrie und Dienstleistungssektor spielen nur eine untergeordnete Rolle, die Arbeitslosigkeit ist weit unterdurchschnittlich. Und noch stärker als die Zentrumsdiasporagebiete sind die "Tiefburgen" der DNVP (mit einem maximalen Wahlberechtigtenanteil der DNVP von 2,1 Prozent) im Sozialprofil den Hochburgen dieser Partei - wiederum mit Ausnahme des Konfessionsfaktors - sehr ähnlich. Dies deutet darauf hin, daß die DNVP in den Anfangsjahren der Weimarer Republik zumindest hinsichtlich der Hochburgen und Diasporagebiete das evangelische Pendant zum katholischen Zentrum bildete.

(f) Die Hochburgen der NSDAP von 1930 schließlich zeichnen sich durch einen sehr geringen Katholikenanteil, unterdurchschnittliche Urbanisierung, eine über dem Reichsdurchschnitt liegende Bedeutung des Agrarsektors und eine entsprechend geringere Rolle des sekundären und tertiären Sektors auf. Allerdings fällt auf, daß zwar der Arbeitslosenanteil, nicht aber der Prozentsatz der Arbeiter insgesamt unter dem Reichsdurchschnitt liegt. In ihren Diasporagebieten, wo sie von maximal 6,8 Prozent der Wahlberechtigten gewählt wurde, fällt ein weit überdurchschnittlicher Katholikenanteil, eine erheblich unter dem Reich liegende Urbanisierungsrate und ein starker Agraranteil mit entsprechend unter dem Durchschnitt liegenden Werten für den Industrie- und Dienstleistungssektor auf. Dies ist natürlich auf die an anderer Stelle ausgeführte hohe Resistenz vor allem der katholischen Agrarregionen gegenüber dem Nationalsozialismus zurückzuführen¹³).

6. Die Verteilung der Parteihochburgen im Kontrastgruppenvergleich

In der Realität treten diese Sozialmerkmale natürlich, genauso wie bei Einzelpersonen, nicht isoliert, sondern stets nur in Kombination mit anderen Sozialmerkmalen auf. So sind die Stadt- und Landkreise des Deutschen Reiches nicht nur überwiegend katholisch oder evangelisch, sondern auch eher ländlich oder städtisch geprägt, dominiert in ihnen die eine oder die andere Wirtschaftsabteilung etc. Ein Instrument, um diese Verschränkung von Merkmalen in ihrer Wirkung auf das Wahlverhalten darzustellen ist das von uns schon häufiger benutzte Mittel des Kontrastgruppenvergleichs, das in seiner Form einer sogenannten mehrdimensionalen Kreuztabellierung und in seinen Ergebnissen weitestgehend den Resultaten einer multiplen Regressionsanalyse mit den gleichen unabhängigen (= erklärenden) und abhängigen (= zu erklärenden) Variablen entspricht, gegenüber letzterer aber den Vorteil besitzt, auch für den statistisch weniger bewanderten Leser leicht nachvollziehbar zu sein.

13) Neueste Berechnungen bei Jürgen W. Falter und Reinhart Zintl, The Economic Crisis of the 1930's and the Rise of National Socialism at the Polls. In Journal of Interdisciplinary History 1988, S. 55 - 85; Jürgen W. Falter, Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928. In: Karl Dietrich Bracher u.a. (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918 - 1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft (Bonn, 1987), S. 484 - 504.

Man teilt beim Kontrastgruppenvergleich die Gesamtzahl der Untersuchungseinheiten, in unserem Falle also die 831 Kreiseinheiten des Deutschen Reiches, nacheinander nach interessierenden Sozialmerkmalen auf. Wir tun dies in Tabelle 3 im ersten Schritt nach der Konfessionsfärbung der Kreise und erhalten auf diese Weise zwei erste Kontrastgruppen oder Klassen von Kreiseinheiten, nämlich solche mit einer katholischen und solche mit einer nicht-katholischen Bevölkerungsmehrheit. Für jede der beiden Kontrastgruppen ermitteln wir dann, wieviel Hochburgen der jeweiligen politischen Richtung auf sie entfallen (z. B. liegen erwartungsgemäß alle Zentrums- bzw. BVP-Hochburgen in der überwiegend katholischen Kreisgruppe, dagegen befinden sich 117 der 124 NSDAP-Hochburgen in überwiegend nicht-katholischen Kreisen). Im zweiten Schritt der Analyse werden diese beiden Kontrastgruppen jeweils nach der vorherrschenden Gemeindegröße aufgeteilt. Wir erhalten auf diese Weise vier Teilklassen von Kreisen, nämlich überwiegend katholische Kreise mit eher ländlicher oder städtischer Siedlungsstruktur und überwiegend nicht-katholische Kreiseinheiten mit ebenfalls eher ländlicher oder städtischer Bevölkerung. Auch für diese zweite Verzweigung des Kontrastgruppenbaumes ermitteln wir dann die Aufteilung der Parteihochburgen, wobei sich etwa herausstellt, daß von den sieben nationalsozialistischen Hochburgen in den überwiegend katholischen Kreisen sechs aus eher städtischen Einheiten stammen. In einem weiteren, (für den vorliegenden Fall) vorletzten Schritt unseres Kontrastgruppenvergleichs klassifizieren wir dann die vier auf der zweiten Aufteilungsebene ermittelten Kreistypen nach der im Kreis dominierenden Wirtschaftsabteilung und die auf diese Weise erhaltenen 12 Kontrastgruppen in einem letzten Aufteilungsschritt schließlich nach dem Wahlerfolg Paul von Hindenburgs beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 1925 (vgl. Tabelle 3). Die Hindenburgwahl von 1925 haben wir deswegen gewählt, weil sie sich in einer anderen Untersuchung als - nach der Konfession - wichtigster Einflußfaktor der nationalsozialistischen Wahlerfolge von 1930 - 1933 herausstellte¹⁴). Wir erhalten auf diese Weise insgesamt 16 Vergleichsgruppen, bei denen wir feststellen können, wie sich die einzelnen Parteihochburgen darauf aufteilen. So wird beispielsweise deutlich, daß von den sechs NSDAP-Hochburgen in den katholisch-verstädterten Kreiseinheiten jeweils drei in Gebieten mit einer Dominanz des sekundären bzw. des tertiären Wirtschaftssektors liegen. Hierbei handelt es sich, wie ein Blick auf Tabelle 3 belegt, ausnahmslos um Kreise, in denen Hindenburg 1925 überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erzielen konnte¹⁵).

Was nun die Aufteilung der einzelnen Parteihochburgen auf die verschiedenen

14) Vgl. hierzu Jürgen W. Falter und Dirk Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber der NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 - 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte XXVI (1986), S. 179 - 216.

15) Statistische Signifikanzprobleme können hier trotz rapide sinkender Fallzahlen nicht auftreten, da es sich nicht um eine Stichprobe, sondern um die Grundgesamtheit aller Kreiseinheiten der damaligen Zeit handelt.

Tabelle 3:
Verteilung der Parteihochburgen nach der Konfession, der Gemeindegröße, der dominierenden Wirtschaftsabteilung und dem Abschneiden Hindenburgs bei der Reichspräsidentenwahl 1925 - ein Kontrastgruppenvergleich

rk	Konfession			Gemeindegröße			Wirtschaftsabteilung			Hindenburgstimmen									
	LIE	SPD	LIB	Z	DNV	NS	LIE	SPD	LIB	Z	DNV	NS	LIE	SPD	LIB	Z	DNV	NS	
	(I)	1	1	0	117	0	1	0	10	0	0		(-)	1	0	0	85	0	0
	(A)	1	0	0	107	0	1						(+)	0	0	0	22	0	1
													(-)	0	1	0	10	0	0
													(+)	0	0	0	0	0	0
													(-)	-	-	-	-	-	-
	(C)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		(+)	0	0	0	0	0	0
	(A)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		(-)	0	0	0	0	0	0
													(+)	-	-	-	-	-	-
													(-)	10	0	0	6	0	0
	(II)	11	0	1	7	0	6	0	6	0	3		(+)	1	0	0	0	0	3
													(-)	0	0	0	0	0	0
	(C)	0	0	1	1	0	3						(+)	0	0	1	1	0	3
													(-)	0	2	4	0	1	1
	(A)	12	39	22	0	114	74						(+)	12	37	18	0	113	73

Konfession			Gemeindegröße			Wirtschaftsabteilung			Hindenburgstimmen																	
LiE	SPD	LIB Z	DNV	NS	LiE	SPD	LIB Z	DNV	NS	LiE	SPD	LIB Z	DNV	NS												
112	123	123	0	124	117	(I)	50	71	36	0	118	80	(B)	38	32	14	0	3	5	9	8	1	0	0	0	
										(C)	0	0	0	0	1	1				(+)	29	24	13	0	3	5
																				(-)	-	-	-	-	-	-
										(A)	0	0	1	0	1	1				(+)	0	0	1	0	1	1
																				(-)	28	13	12	0	0	2
						(II)	62	52	87	0	6	37	(B)	59	45	56	0	2	29	(+)	31	32	44	0	2	27
																				(-)	3	2	3	0	0	0
										(C)	3	7	30	0	3	7				(+)	0	5	27	0	3	7

Alle

124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124 124

Konfession. "rk" = mehr als 50 % der Einwohner eines Kreises sind katholisch;

"ev" = weniger als 50 % der Einwohner sind katholisch.

Gemeindegröße. I = weniger als 50 % der Einwohner eines Kreises leben in Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr; II = mehr als 50 % leben in Gemeinden mit 5000 Einwohnern und mehr.

Wirtschaftsabteilungen. Eine relative Mehrheit der Erwerbstätigen ist in der genannten Wirtschaftsabteilung tätig; A = Land- und Forstwirtschaft; B = Industrie und Handwerk; C = Dienstleistungen etc.

Hindenburg (+) = über dem Reichsdurchschnitt liegendes Wahlergebnis Hindenburgs im 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl von 1925, (-) = unterdurchschnittliches Ergebnis.

Lesehilfe: Von den 124 Zentrumshochburgen lagen alle in überwiegend katholischen Kreisen; nur 7 davon befanden sich in überwiegend städtisch strukturierten Kreisen, von diesen war wiederum nur eine in einem Kreis lokalisiert, in dem der tertiäre Wirtschaftssektor überwog; in diesem Kreis hatte Hindenburg 1925 ein über dem Reichsdurchschnitt liegendes Wahlergebnis erzielt.

Kontrastgruppen angeht, so ist leicht zu erkennen, daß die weitaus meisten Hochburgen in überwiegend nicht-katholischen (=evangelischen) Kreisen lagen. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, daß bei der damaligen Konfessionsverteilung im Deutschen Reich - nur ein knappes Drittel der Reichsbevölkerung katholisch war, zwei Drittel waren evangelisch - die meisten Kreise eine evangelische Bevölkerungsmehrheit aufwiesen. Zum anderen aber waren die überwiegend katholischen Kreise noch vom Kaiserreich her mit seinem absoluten Mehrheitswahlssystem politisch gewissermaßen von Zentrum und Bayerischer Volkspartei besetzt, so daß andere Parteien es nach dem 1. Weltkrieg außerordentlich schwer hatten, dort Fuß zu fassen. Dennoch erscheint es uns bemerkenswert, daß nicht nur sämtliche DNVP-Hochburgen, sondern auch 99 % der SPD- und DDP/DVP-Hochburgen, 90 % der KPD- und sogar 94 % aller NSDAP-Hochburgen in überwiegend protestantischen Kreisen beheimatet waren.

Interessanter sind die weiteren Aufteilungsstufen des Kontrastgruppenvergleichs: Hier zeigt sich, daß die Hochburgen der linken Parteien und der Liberalen keineswegs nur in eher städtischen, sondern auch in vorwiegend ländlichen Kreisen lagen, während die DNVP-Hochburgen mit nur einer Ausnahme sich auf den evangelisch-ländlichen Raum beschränkten. Wir werden im letzten Abschnitt sehen, daß sich dies gegen Ende der Weimarer Republik ändern sollte. Bemerkenswert erscheint aber auch, daß immerhin rund ein Drittel der nationalsozialistischen Hochburgen von 1930 in eher städtisch geprägten Gebieten lagen; nur eine der 124 nationalsozialistischen Hochburgen fiel in die Gruppe der katholisch-ländlichen Kreise.

Ein Blick auf die dritte Verzweigung unseres Kontrastgruppenvergleiches belegt, daß die Hochburgen der beiden katholischen Parteien vor allem in überwiegend landwirtschaftlich geprägten katholischen Landkreisen anzutreffen waren. Eine ganz ähnliche Milieuverwurzelung wies, wenn auch natürlich mit umgekehrtem konfessionellen Vorzeichen, die DNVP auf - zumindest am Anfang der Weimarer Republik. Überraschen dürfte manchen Beobachter der Anteil der überwiegend agrarisch strukturierten Hochburgen der SPD und der Liberalen, worüber aber nicht übersehen werden sollte, daß beide - und in verstärktem Maße natürlich KPD und USPD - den Schwerpunkt ihrer Hochburgen in überwiegend vom sekundären Wirtschaftssektor geprägten Gebieten besaßen. Ein Viertel der "liberalen" Hochburgen schließlich lag in Kreisen mit einem (relativen) Übergewicht der dritten Wirtschaftsabteilung, also des sogenannten Dienstleistungssektors, wo auch einige Hochburgen der NSDAP zu finden waren.

Den Indikator "Hindenburgstimmen" haben wir nicht zuletzt deshalb gewählt, weil wir damit in einer anderen Kontrastgruppenuntersuchung, in der wir der Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber dem Nationalsozialismus bei Reichstagswahlen nachgehen wollten, in der Lage waren, nach statistischer Kontrolle der üblichen Erklärungsfaktoren der Wirtschaftsstruktur der Kreise, einen bemerkenswerten zusätzlichen Varianzanteil zu binden, d.h. die Erklärungskraft unseres

Modells in nicht erwartetem Maße zu steigern. Wir hatten damals die Hindenburgwahl als Näherungsvariable für eine Reihe ungemessener Einflußfaktoren wie etwa spezifischer lokaler und regionaler politischer Traditionen, bestimmter Organisationsfaktoren und Persönlichkeitselemente interpretiert. Auf die Idee, die Wahl Hindenburgs als eine Art Stellvertretervariable für derartige ungemessene, bestenfalls in qualitativer Form für einige wenige Kreise verfügbare, aber dennoch vermutlich milieurelevante, wenn nicht sogar milieukonstituierende Einflußfaktoren auszuwählen, waren wir gekommen, da kaum ein anderes Datum derart stark mit den Wahlergebnissen der NSDAP von 1932 und 1933 (positiv) korreliert wie der Anteil der Hindenburg-Stimmen von 1925¹⁶⁾. Es handelte sich bei den Hindenburg-Wählern von 1925 sichtlich um eine erste erfolgreiche Zusammenfassung der republikfeindlichen und republikskeptischen Kräfte, aus denen sich einige Jahre später jene Wählerkoalition bilden sollte, die von der NSDAP als Sammlungsbewegung des bürgerlich-protestantischen Wählerlagers so erfolgreich für ihre Zwecke mobilisiert werden konnte.

Auch in der vierten Verzweigung des Kontrastgruppenvergleichs von Tabelle 3 wird dieser Zusammenhang deutlich. Nur drei der 124 NSDAP-Hochburgen von 1930 repräsentieren Kreise, in denen Paul von Hindenburg 1925 ein unterdurchschnittliches Wahlergebnis erzielen konnte. Noch krasser ist die Verteilung der DNVP-Hochburgen, unter denen sich sogar nur ein einziger Kreis befindet, in dem die Hindenburg-Stimmen 1925 unter dem Reichsdurchschnitt gelegen hatten. Verblüffenderweise deckt sich aber auch die Mehrheit der Ausgangshochburgen von KPD/USPD, SPD und Liberalen mit Kreisen, die 1925 überdurchschnittlich stark für Hindenburg als Reichspräsidenten (und damit gegen den Kandidaten der Weimarer Koalition, Wilhelm Marx) gestimmt hatten. Lediglich die Zentrums- und BVP-Hochburgen liegen mehrheitlich in Gebieten, in die Wählerfolge Hindenburgs unterdurchschnittlich ausgefallen waren. Aus diesen Übereinstimmungen und Nichtübereinstimmungen lassen sich natürlich keine Indizien für Wählerwanderungen ableiten, doch werfen sie unserer Ansicht nach zusätzliches Licht auf den Sammlungscharakter der NSDAP und die Vornahme jener republikfeindlichen oder zumindest republikindifferenten Wählerkoalition bei der Wahl Hindenburgs, aus der sich die Wählerfolge der NSDAP nach 1928 speisen konnten. Bezogen auf die Milieu- und Hochburgenperspektive liefert Tabelle 3 Hinweise auf die Persistenz der einzelnen Hochburgen, einer Frage, der wir uns im letzten Abschnitt dieser Untersuchung noch einmal zuwenden. Vorher aber wollen wir uns mit der Anfälligkeit und Resistenz der einzelnen Hochburgen gegenüber dem Nationalsozialismus beschäftigen.

16) Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 146f.

7. Die Entwicklung der NSDAP in den Hochburgen- und Diasporagebieten der verschiedenen Parteien bis 1933

Der Anteil der NSDAP an den Wahlberechtigten nahm im Reichsdurchschnitt zwischen 1928 und 1933, also binnen fünf Jahren, von rund 2 auf 39 Prozent zu. Innerhalb der verschiedenen Parteihochburgen und Diasporagebiete verlief dieser Anstieg recht uneinheitlich. Bei einigen Parteien fiel er in den Hochburgen, bei anderen in den Diasporagebieten stärker aus. Ersteres gilt für die Hochburgen der Liberalen, der Deutschnationalen, der NSDAP selbst und - möglicherweise etwas überraschend - der SPD; letzteres trifft vor allem für die Zentrums- und BVP-Hochburgen und, wenn auch deutlich abgeschwächt, für die Hochburgen der Linksextremen zu. Belief sich der NSDAP-Zuwachs zwischen 1928 und 1933 auf rund 37 Prozentpunkte, so lag er in den DNVP-Hochburgen bei 51, in den NSDAP-Hochburgen bei 48, in den SPD-Hochburgen bei 39 und in den Hochburgen der Liberalen bei 38 Prozentpunkten. Dagegen betrug er im gleichen Zeitraum in den Hochburgen der Linksextremen nur 33 und in den Hochburgen des politischen Katholizismus sogar nur 27 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 4).

Blickt man auf die einzelnen Wahlpaare ab 1928, so zeigen sich durchaus unterschiedliche Bewegungen. Während der reichsweite Anstieg der NSDAP im Jahre 1930 gegenüber der Vorwahl 13 Prozentpunkte ausmachte, stiegen die nationalsozialistischen Wahlberechtigtenanteile in den sozialdemokratischen und liberalen Hochburgen um 15 Punkte, in den Hochburgen der DNVP um 18 Punkte und innerhalb der eigenen, allerdings anhand des Wahlergebnisses von 1930 definierten Hochburgen sogar um 22 Punkte. In den linksextremen Ausgangshochburgen dagegen lag der NSDAP-Anstieg mit 12 Punkten nahe beim Reichsdurchschnitt, in den Zentrums- und BVP-Hochburgen fiel er mit 7 Prozentpunkten ausgesprochen mager aus. Zwischen 1930 und Juli 1932 nahm die NSDAP reichsweit um weitere 16 Prozentpunkte zu. Es ergibt sich, mit einer bemerkenswerten Ausnahme, das gleiche Bild wie 1930: In den liberalen und sozialdemokratischen Hochburgen ist ihr Anstieg wiederum deutlich überdurchschnittlich, in den linksextremen Hochburgen liegt er knapp unter dem Reichsdurchschnitt und in den Hochburgen des politischen Katholizismus fällt er mit 8 Punkten nur halb so hoch aus wie im Reich insgesamt. Im Gegensatz zu 1930 vermag die NSDAP nun jedoch ihren stärksten Anstieg in den ehemaligen deutschnationalen Hochburgen mit rund 24 Prozentpunkten zu erzielen, womit diese um immerhin vier Punkte über den nationalsozialistischen Hochburgen von 1930 liegen.

Zwischen der Juli- und der Novemberwahl von 1932 verläuft der Rückgang der NSDAP-Anteile mit rund 5 bis 6 Prozentpunkten überall fast gleichmäßig. Nur im Zentrumsmilieu ist mit 3 Punkten ein geringerer Rückgang zu beobachten. Allerdings ist auch jetzt noch der Wahlberechtigtenanteil der NSDAP in diesen Gebieten nur rund halb so hoch wie im Reichsdurchschnitt. Bei der letzten zumindest halbfreien Reichstagswahl der Weimarer Republik schließlich.

Tabelle 4.

Die Entwicklung der NSDAP in den Hochburgen und Diasporagebieten der verschiedenen Parteien von 1920/24 A

RTW	USPD/KPD		SPD		LIB		Z/BVP		DNVP		NSDAP		Reich
	HB	DI	HB	DI	HB	DI	HB	DI	HB	DI	HB	DI	
1924A	5	4	6	3	6	3	2	7	6	4	8	2	5
1924B	2	2	3	1	3	1	1	4	4	1	4	1	2
1928	2	2	2	2	2	1	1	2	2	2	4	1	2
1930	14	14	17	8	17	7	8	19	20	9	26	5	15
1932A	29	31	36	21	35	17	16	42	44	17	46	16	31
1932B	24	27	31	18	29	15	13	36	38	15	40	13	26
1933	35	43	41	35	40	32	28	49	53	32	52	30	39

Lesehilfe: In den DNVP-Hochburgen von 1920/24A erzielte die NSDAP zwischen 1924 und 1928 mit 6,4 und 2 Prozent jeweils durchschnittliche, ab 1930 dann mit 20 bis 53 Prozent deutlich überdurchschnittliche Wahlerfolge. Ähnliche Verteilungen lassen sich in den Diasporagebieten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beobachten. Angaben in Prozent der Wahlberechtigten.

der Märzwahl von 1933, verzeichnet die NSDAP bei einem reichsweiten Anstieg von 13 Prozentpunkten in den linksextremen und sozialdemokratischen Hochburgen und in den einstmaligen liberalen Erfolgsgebieten nurmehr einen unterdurchschnittlichen Zuwachs. Hier scheint zuerst ein gewisser Sättigungsgrad erreicht worden zu sein, wurde das bei freien Wahlen erreichbare Wählerpotential möglicherweise nahezu vollständig ausgeschöpft. Mit jeweils 15 Prozentpunkten hingegen ist der Anstieg im katholischen und deutschnationalen Milieu - wenn auch auf unterschiedlichem Ausgangsniveau - überdurchschnittlich stark.

Letzteres kann als ein Indiz für das verstärkte Eindringen des Nationalsozialismus in Teile der katholisch-ländlichen Wählerschaft in den Wochen nach der Machtergreifung interpretiert werden. In der Tat gehen die Stimmenanteile der beiden katholischen Parteien und insbesondere die Wählerzahlen der Bayerischen Volkspartei zwischen Juli 1932 und März 1933 erkennbar zurück; allerdings fällt der Stimmenanstieg der NSDAP in den Hochburgen des politischen Katholizismus deutlich stärker aus als der Rückgang von Zentrum und BVP 17).

Überraschend für manchen Leser dürfte sicherlich die Tatsache sein, daß zum einen in den SPD-Hochburgen der Anstieg der NSDAP deutlich höher ausfiel als in den SPD-Diasporagebieten und daß zum anderen 1930 und 1932 der NSDAP-Zuwachs in den sozialdemokratischen Hochburgen über dem Reichsdurchschnitt liegt. Dies könnte als eine Art Kontrasteffekt gedeutet werden, d.h. im Sinne einer verstärkten Radikalisierung nicht-sozialdemokratischer, also überwiegend "bürgerlicher" Wähler in SPD-Hochburgen. Ein mögliches Indiz für die Richtigkeit einer solchen Interpretation wäre ein geringerer Rückgang der SPD-Wähleranteile in den Hochburgen als im Reichsdurchschnitt. Ein Blick auf Tabelle 1 jedoch zeigt, daß dies nicht zutrifft: Sowohl im September 1930 als auch im Juli 1932 fiel der Rückgang der sozialdemokratischen Wahlberechtigtenanteile in den Hochburgen höher aus als im Reichsdurchschnitt. Vermutlich handelt es sich hier um einen Indikator für die an anderer Stelle herausgearbeiteten Wählerwanderungen von der SPD zur NSDAP, die ja unseren Ergebnissen zufolge sehr viel stärker ausgefallen sind als lange Zeit vermutet wurde 18).

Die stärkste Resistenz vor 1933 gegenüber dem Nationalsozialismus wiesen die Zentrums- und BVP-Hochburgen auf, die sich nicht nur durch - mit Ausnahme von 1933 - weit unterdurchschnittliche NSDAP-Zuwachsraten, sondern auch durch eine bemerkenswerte Stabilität bzw. sogar noch ein geringes Anwachsen der Zentrumsstimmen bis einschließlich Juli 1932 auszeichneten. Auch die linksextremen Ausgangshochburgen unterschieden sich von den Hochburgen der

17) Dieses scheinbare Paradox löst sich dann auf, wenn man die Nichtwähler, die in den katholischen Kreisen besonders zahlreich waren und dort nach 1932 verstärkt der NSDAP zuströmten, in die Analyse mit einbezieht. Vgl. Falter u. a., Wahlen und Abstimmungen, S. 134, 200f.

18) Vgl. etwa hierzu Falter und Hänisch, Die Anfälligkeit von Arbeitern; ferner Falter und Zintl, Economic Crisis.

übrigen Parteien (außer der NSDAP, versteht sich) durch Stabilität bzw. leichtes Wachstum der KPD, was aber von insgesamt sehr viel höheren Zuwächsen der NSDAP begleitet wurde. Dies deutet auf eine unterschiedliche Bindekraft bzw. Milieudichte - Zentrum und BVP erwiesen sich in ihren Hochburgen rund zweieinhalb mal so stark wie die KPD in ihren Hochburgen - von politischem Katholizismus und Linksextremismus hin. Daneben könnten eventuell unterschiedliche Polarisierungsprozesse innerhalb der beiden Milieus wirksam gewesen sein. Es ist durchaus möglich, daß die NSDAP dort, wo die KPD besonders stark war, (möglicherweise aus Furcht vor dem Kommunismus) einen verstärkten Zulauf aus dem bürgerlich-protestantischen Lager oder auch von Nichtwählern erhielt.

Tabelle 5 gibt (auf der Aggregatebene!) die entsprechenden Wählerverschiebungen innerhalb der kommunistischen Hochburgen wider. In diesen ist zwischen 1928 und 1933 zwar ein im Vergleich zum Reich überdurchschnittlicher Rückgang der SPD bei entsprechenden Zuwächsen der KPD (bis November 1932) zu verzeichnen. Die Verluste der Liberalen jedoch sind bestenfalls leicht überdurchschnittlich, die der DNVP liegen sogar unter dem Reichsdurchschnitt, während Zentrum und BVP bemerkenswert stabil bleiben. Deshalb kann sich eine mögliche Polarisierung nur auf den Rückgang des Nichtwählerlagers und der in Tabelle 5 nicht explizit berücksichtigten, sondern ausnahmsweise im Nichtwähleranteil enthaltenen Splitterparteien beziehen, die allerdings ebenfalls dem erwähnten bürgerlich-protestantischen Lager zuzurechnen sind. Diese Restgruppe

Tabelle 5:

Die Entwicklung der verschiedenen Parteien zwischen 1920 und 1933 in den KPD/USPD-Hochburgen von 1920/24 A

RTW	USPD/ KPD	SPD	LIB	Z/BVP	DNVP	NSDAP	NW*)
1920	31	13	19	8	11	-	18
1924A	18	17	13	7	14	5	26
1924B	14	22	15	8	14	2	25
1928	15	25	11	7	9	2	31
1930	19	22	7	7	6	14	25
1932A	20	20	2	8	5	29	16
1932B	22	18	2	7	7	24	20
1933	19	18	2	8	7	35	11

*) Nichtwähler und Anhänger der nicht explizit erwähnten Parteien.

Lesehilfe: 1928 wurde die NSDAP in den Ausgangshochburgen von USPD/KPD von rund 2 Prozent der Wahlberechtigten gewählt; 1933 stimmten rund 35 Prozent der dort Wahlberechtigten für sie.

aus Nichtwählern und Anhängern der Splitterparteien geht zwar in der Tat von 25 % im Dezember 1924 auf 14 Prozent im Juli 1932 zurück, doch ist dieser Rückgang prozentual nicht größer als im Reich insgesamt. Die Evidenz hinsichtlich der oben geäußerten Polarisierungsvermutung fällt daher eher negativ aus¹⁹⁾.

8. Die Entwicklung der Parteihochburgen über die Zeit

Wir wollen die Hochburgenanalyse mit einem Blick auf die Persistenz und Veränderung der verschiedenen Hochburgen abschließen. Dies erfolgt in zwei Schritten. (a) indem wir überprüfen, in welchem Maße die zeitspezifischen, das sind die zum jeweiligen Wahlzeitpunkt auftretenden Hochburgen²⁰⁾, noch den Ausgangshochburgen von 1920/24A entsprechen und (b) indem wir den Wandel bzw. die Konstanz der sozialstrukturellen Zusammensetzung dieser zeitpunkt-spezifischen Hochburgen ermitteln.

(a) Tabelle 6 informiert über die Persistenz und Veränderung der Parteihochburgen zwischen 1924 und 1933. Zu diesem Zwecke wurde der Anteil der Hochburgen eines Wahlzeitpunktes, der schon 1920/24A (bzw. im Falle der NSDAP: 1930) Hochburg derselben Partei war, berechnet. Die höchste Persistenz weisen nicht ganz unerwartet die Hochburgen von Z/BVP vor denen der KPD und, mit einigem Abstand, der SPD auf: So waren 1932 rund 86 % der Zentrums-Hochburgen schon 1920/24A Hochburgen dieser Partei gewesen, dagegen nur 69% bzw. 71 % der SPD-Hochburgen. Einen starken Hochburgenwechsel weisen sowohl die starken Verlierer, d.h. die Liberalen und die Deutschnationalen, als auch die "Gewinner", also die Nationalsozialisten, auf. In beiden Fällen war nur jede zweite Hochburg von 1933 schon am Anfang der Weimarer Republik (bzw. 1930) Hochburg der jeweiligen Partei.

Es scheint hier, wie aus Tabelle 7 hervorgeht, tatsächlich ein punktueller Hochburgenwechsel zu den Nationalsozialisten vorzuliegen, der allerdings nicht nur die "Verliererparteien", also in erster Linie die Liberalen und die DNVP, betrifft, sondern auch die SPD, die Nichtwähler und die Splitterparteien (in Tabelle 7 als "Rest" zusammengefaßt). Wenn eine höhere Zahl von NSDAP-Hochburgen, die einmal Ausgangshochburgen anderer Parteien waren, ausgewiesen ist als von "Übereinstimmungen", d.h. Ausgangshochburgen, die die jeweiligen Parteien in Kreisen hatten, in denen auch die NSDAP 1930 Hochburgen aufweisen konnte, dürfte es sich um Hochburgenwechsel handeln. Besonders deutlich ist dies im Falle der DNVP, von deren 124 Ausgangshochburgen im Jahre 1933 über

19) Ohnehin würde man für eine adäquate Überprüfung diese Annahme Individualdaten oder entsprechende, durch Ersatzverfahren wie das der ökologischen Regression geschätzte Surrogate benötigen. Vgl. hierzu u.a. F a l t e r und H ä n i s c h, Die Anfälligkeit von Arbeitern, S. 208ff.

20) Die zeitspezifischen Hochburgen werden analog zu unserer weiter oben erläuterten Definition von jenen 15 % der Kreise gebildet, in denen die aufgeführte Partei bei der jeweils angegebenen Wahl die höchsten Wähleranteile erzielen konnte.

Tabelle 6:

Die Persistenz und Veränderung der Parteihochburgen zwischen 1920/24 und 1933 (Angaben in Prozent der Ausgangs- bzw. zeitspezifischen Hochburgen)

	1924B	1928	1930	1932A	1932B	1933	N ₁
KPD/USPD	71	72	71	73	75	77	124
SPD	74	73	71	69	71	69	124
LIB	73	75	61	49	54	51	124
Z/BVP	90	85	86	86	86	83	124
DNVP	84	77	63	56	57	52	124
NSDAP	33	40	100	52	51	51	124
N ₂	124	124	124	124	124	124	

N₁ = Zahl der Ausgangshochburgen 1920/24A

N₂ = Zahl der zeitpunktspezifischen Hochburgen 1924B...1933

Lesehilfe: 69 Prozent der SPD-Hochburgen von 1933 waren auch schon 1920/24 sozialdemokratische Hochburgen; dagegen waren nur 51 Prozent der NSDAP-Hochburgen von 1933 auch schon 1930 Hochburgen dieser Partei.

die Hälfte als NSDAP-Hochburgen figurierten. Wenn man von einem Repräsentanzwechsel eines Milieus sprechen möchte, dann hier. Dagegen ist ein entsprechender Hochburgenwechsel zwischen Liberalen und NSDAP auf der von uns gewählten Analyseebene nicht mit der gleichen Eindeutigkeit nachzuweisen²¹⁾. Daß ein solcher Hochburgenwechsel nicht auf das "rechte" Parteienspektrum beschränkt war, zeigt die Analyse des Verhältnisses von linksextremen und sozialdemokratischen Hochburgen, aus der hervorgeht, daß die KPD über die vorhandenen "Übereinstimmungshochburgen" von 1920/24A hinaus in einigen sozialdemokratischen Ausgangshochburgen eigene Hochburgen etablieren konnte²²⁾.

21) Dies schließt natürlich nicht aus, daß auf der Ebene von Gemeinden oder Teilgemeinden ein solcher Hochburgenwechsel auch im Falle der Liberalen stattgefunden hat, wie dies Naßmacher für einige Oldenburger Landkreise nachweist. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Ausgangshochburgen der NSDAP auf der Basis von 1930 definiert worden sind, so daß durchaus auch hier ein Hochburgenwechsel zwischen den beiden Referenzzeitpunkten stattgefunden haben kann.

22) Die entsprechenden Absolutzahlen sind, bei 14 Übereinstimmungshochburgen, 1920 = 15, 1924A = 17, 1924B = 13, 1928 = 17, 1930 = 18, 1932A = 19, 1933 = 20. D. h. in mindestens sechs Fällen entstanden am Ende der Weimarer Republik KPD-Hochburgen in Kreisen, in denen 1920/24A zwar die SPD, nicht aber USPD oder KPD Hochburgen aufweisen konnten.

Tabelle 7:
Die Herkunft der NSDAP-Hochburgen 1924A - 1933

RTW	USPD/ KPD	SPD	LIB	Z/BVP	DNVP	NSDAP	REST	Nichtw.
1924A	18	18	20	3	24	41	7	12
1924B	19	18	21	0	33	41	10	8
1928	19	13	21	4	13	50	9	22
1930	16	11	29	0	45	124	11	14
1932A	10	15	21	0	50	64	21	19
1932B	9	19	19	0	44	63	18	20
1933	4	8	11	0	65	63	24	17
Über- einst.	16	11	29	0	45	124	11	14

Angaben: Absolutzahlen. "Übereinst." =Zahl der gemeinsam in einem Kreis gelegenen Ausgangshochburgen der NSDAP und der jeweils im Tabellenkopf angegebenen "Partei". So gab es 45 Kreiseinheiten, in denen sich die Ausgangshochburgen von NSDAP und DNVP überschneiden.

Lesehilfe: Von den 124 Hochburgen der NSDAP im Jahre 1930 waren 1920/24A genau 29 Ausgangshochburgen der Liberalen, 45 Ausgangshochburgen der Deutschnationalen etc.

(b) In Tabelle 8 untersuchen wir abschließend die sozialstrukturelle Zusammensetzung der zeitpunktspezifischen Hochburgen zwischen 1920 und 1933. So gut wie keine Veränderung in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Parteihochburgen ist dort festzustellen, wo hohe Persistenz der Hochburgen vorliegt, also bei Z/BVP und KPD. Allerdings geht aus Tabelle 8 hervor, daß der Anteil der beiden katholischen Parteien in ihren jeweiligen Hochburgen trotz der festgestellten eminenten sozialstrukturellen Stabilität in ihren Hochburgen zwischen 1920 und 1928 weit überdurchschnittlich zurückging. Dies gilt streng genommen auch für die linksextremen Hochburgen, stellt aber hier zumindest partiell ein Artefakt unserer Operationalisierung dar, da entsprechend unserer Definition die linksextremen Ausgangshochburgen in erster Linie von der USPD konstituiert werden, während sich die zeitspezifischen Hochburgen ab 1924 weitestgehend (und nach 1928 sogar ausschließlich) auf die KPD beziehen.

Größere Schwankungen in der sozialen Zusammensetzung ihrer Hochburgen als Zentrum und KPD weist die SPD auf, die ja auch, wie wir gesehen haben, eine insgesamt geringere Hochburgenpersistenz als diese beiden Parteien zeigt. So steigt der Anteil der Bewohner in Gemeinden über 5.000 Einwohnern, unse-

rem Urbanisierungsindikator, in den sozialdemokratischen Hochburgen von rund 58 Prozent im Jahre 1920 auf über 70 Prozent im Juli 1932, d.h. die Hochburgen der SPD sind am Ende der Weimarer Republik deutlich städtischer als am Anfang. Parallel dazu nimmt der Anteil der im Agrarsektor beschäftigten Personen ab, während bei den übrigen Merkmalen keine sonderlich bedeutsamen Veränderungen festzustellen sind.

Theoretisch signifikantere Schwankungen treten erwartungsgemäß bei den Hochburgen der Liberalen und Deutschnationalen auf, die beide einen beträchtlichen Rückgang der durchschnittlichen Stimmenanteile in den jeweiligen Hochburgen zu verzeichnen haben, der vor allem im Falle der Liberalen geradezu dramatische Formen annimmt. Die Hochburgen der Liberalen werden im Verlaufe der Weimarer Republik deutlich "katholischer", was dadurch zu erklären ist, daß der Rückgang der beiden liberalen Parteien in den überwiegend evangelischen Stadt- und Landkreisen sogar noch etwas deutlicher ausfiel als in den katholischen Gebieten. Auch werden sie etwas weniger "agrarisches"; die sonstigen Veränderungen sind eher geringfügig.

Bei der DNVP sticht die zunehmende Verstädterung ins Auge. Zu Beginn der Weimarer Republik lebten in den (damaligen) deutschnationalen Hochburgen nur 16 Prozent, am Ende dagegen über 40 Prozent der Bevölkerung in Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohnern. Parallel hierzu verläuft der Rückgang des Agrarsektors und eine Verdoppelung des tertiären Sektors, während sich erstaunlicherweise hinsichtlich des sekundären Wirtschaftssektors wie auch des Arbeiter- und Arbeitslosenanteils keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Am Ende der Weimarer Republik präsentierte sich die DNVP dem zeitgenössischen Beobachter, der naturgemäß mangels weiterreichender Informationen leicht vom Sozialprofil der Hochburgen einer Partei auf deren gesamtes Elektorat schloß, folglich ganz anders als an deren Anfang. Lediglich bezüglich des protestantischen Charakters der deutschnationalen Hochburgen gab es keine gravierenden Veränderungen.

Dagegen wurden die Hochburgen der NSDAP im Vergleich zu 1930 immer "evangelischer", weniger verstädert und, was zwar damit korreliert, aber nicht dasselbe ist, agrarischer, wobei jedoch beim Arbeiteranteil - im Gegensatz zum 2. und 3. Wirtschaftssektor - erstaunlicherweise kaum Veränderungen auftraten. Konnte die NSDAP von 1930 selbst in ihren Hochburgen noch als sozialstrukturell relativ ausgeglichene Partei gelten (im Reichsdurchschnitt war sie dies sogar stärker als jede andere große Partei der Weimarer Republik ²³⁾), so lagen 1933 ihre Hochburgen eindeutig in überwiegend evangelischen, wenig urbanisierten und industrialisierten Agrargebieten. Was den sozialen Charakter der Hochburgen betrifft, hatte damit die NSDAP klar das Erbe der DNVP angetreten, von der sie ja auch, wie wir gesehen haben, eine Reihe von Ausgangshoch-

23) Vgl. F a l t e r und H ä n i s c h, Die Anfälligkeit von Arbeitern, S. 207f.

Tabelle 8:

Die soziale Zusammensetzung der Parteihochburgen im Zeitverlauf

116

	Mw	Kath	Urb	Agrar	Ind	Dnst	Selb	Bmt	Ang	Arb	Beru	Haus	AAng	AArb
	20	31	17	74	12	55	28	17	11	29	16	3	3	17
	24a	19	25	79	11	57	28	16	11	29	16	3	3	18
	24b	14	24	80	10	56	28	16	11	29	16	3	4	18
LiEx	28	15	24	79	11	55	29	16	11	28	16	3	4	18
	30	19	24	79	10	56	29	16	11	28	16	3	4	18
	32a	20	27	79	10	56	29	15	11	28	16	3	4	18
	32b	22	25	80	10	56	29	15	11	28	16	3	4	18
	33	19	24	80	9	57	29	15	11	28	16	3	4	18
	20	31	11	58	24	44	26	22	9	28	17	3	3	14
	24a	28	9	61	20	51	25	21	9	28	17	3	3	14
	24b	33	8	65	18	51	26	20	10	29	17	3	3	15
SPD	28	36	10	61	21	49	25	21	9	29	17	3	3	14
	30	34	8	61	21	49	25	21	9	29	17	3	3	14
	32a	30	8	70	16	39	30	19	10	27	17	3	3	15
	32b	28	8	65	19	50	27	20	10	28	17	3	3	14
	33	27	8	67	17	49	29	20	10	28	17	3	3	15
	20	31	10	75	18	43	33	22	11	24	17	4	3	13
	24a	20	11	76	15	46	33	20	12	25	17	4	4	14
	24b	23	10	76	15	45	33	21	12	25	17	4	3	14
Lib	28	18	9	83	11	45	36	18	13	24	17	4	4	14
	30	12	13	80	12	46	35	19	13	24	17	4	4	14
	32a	4	14	75	15	45	34	21	12	25	16	4	4	13
	32b	5	17	78	14	45	34	20	12	24	17	4	4	14
	33	4	16	77	14	46	34	20	12	24	16	4	4	14

	Mw	Kath	Urb	Agrar	Ind	Dnst	Selb	Bmt	Ang	Arb	Beru	Haus	AAng	AArb
	20	57	91	23	55	28	47	3	5	23	12	2	1	8
	24a	52	89	21	54	28	47	3	5	23	12	2	1	8
	24b	54	90	20	56	27	48	3	5	23	12	2	1	8
ZX	28	45	89	24	54	28	47	3	5	23	12	2	9	8
	30	49	90	22	56	27	48	3	5	23	12	2	1	7
	32a	49	90	22	55	28	47	3	5	23	12	2	1	8
	32b	46	90	22	55	27	47	3	5	23	12	2	1	8
	33	45	88	22	54	29	47	3	5	23	12	2	1	8
	20	34	7	16	63	22	43	2	4	28	14	2	1	6
	24a	39	7	22	59	22	39	3	4	29	15	2	1	7
	24b	39	7	21	60	21	39	3	4	29	15	2	1	7
DNVP	28	29	10	29	54	24	35	4	6	28	16	3	1	7
	30	16	17	43	45	25	30	4	8	27	16	3	2	9
	32a	11	9	41	46	25	31	4	8	28	16	3	2	8
	32b	15	7	43	46	25	31	4	8	27	16	3	2	8
	33	15	7	41	45	27	31	4	8	28	16	3	2	8
	24a	17	30	55	32	39	28	5	8	27	17	3	2	11
	24b	8	23	49	36	36	30	5	8	27	16	3	2	10
	28	7	32	53	30	42	29	5	8	26	16	3	2	11
NSDAP	30	26	11	39	46	31	34	4	6	28	15	3	1	9
	32a	50	7	22	54	28	42	3	4	26	14	2	1	8
	32b	45	9	23	51	31	41	3	5	26	14	2	1	9
	33	58	7	16	60	24	45	2	4	26	13	2	1	7

Hochburg = obere 85 Prozent. - N 124 (für jede Partei zu jedem Zeitpunkt). - Gleiche Variablendefinition wie in Tab. 2.

MW = Mittelwert der jeweiligen Partei in ihren zeitpunktspezifischen Hochburgen. - AAng = arbeitslose Angestellte;
AArb = arbeitslose Arbeiter

burgen (wie beispielsweise Rothenburg ob der Tauber, Ansbach-Land oder Uffenheim ²⁴⁾) direkt oder vermittelt durch sogenannte Zwischenwirte übernehmen konnte.

9. Abschließende Bemerkungen

Insgesamt ist die Weimarer Hochburgenlandschaft hinsichtlich der parteipolitischen Stärke durch einen deutlichen Abbau und, was die sozialstrukturelle Ausprägung betrifft, durch tendenzielle Angleichung gekennzeichnet. Die NSDAP bildet hier eine Ausnahme; nach 1930 gelang es ihr, sowohl ihre Repräsentation in ihren eigenen Hochburgen zu steigern als auch sozialstrukturell ein klares Profil zu gewinnen. Diese nicht nur in der Hochburgenanalyse, sondern allgemein zu beobachtende, hier aber sich sozusagen verschärft präsentierende Tendenz läßt sich als Folge des Zusammenspiels spezifischer hemmender und fördernder Bedingungen der NSDAP-Wahlerfolge interpretieren, Bedingungen, die zusätzlich durch weitere, nur indirekt meßbare Faktoren - die in unserem Falle durch die Wahl Hindenburgs von 1925 gewissermaßen stellvertretend erfaßt worden sind - verstärkt bzw. abgeschwächt werden können: nämlich die relative Immunität von linkem Arbeiter- und vornehmlich agrarisch geprägtem katholischem Milieu einerseits, die verstärkte Anfälligkeit von Gebieten ohne derartige Resistenzfaktoren andererseits.

Wenn Hochburgen tatsächlich, wie wir hier aus theoretischen Gründen unterstellt haben, Milieus repräsentieren, ohne jedoch notwendigerweise mit diesen identisch zu sein, so zeigt die vorstehende Untersuchung, daß die Weimarer Republik je nach politischem Lager *sowohl* durch relative Milieustabilität *als auch* durch fortschreitenden Milieuzerfall im Sinne von Lepsius *als auch* durch zumindest temporären Repräsentanzwechsel im Sinne Naßmachers gekennzeichnet war.

24) Falter u.a., Wahlen und Abstimmungen, S. 132 f.